

Kanonen gegen Volksrechte.

ap. Die Stellung zum Militarismus ist der Prüfstein, an dem die Trennungslinie zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Politik zu erkennen ist. Auf dem ersten Blick scheint der Sozialismus, die Eigentumsfrage, ein ausreichendes Unterscheidungsmerkmal zu bilden; aber sie ist keine Gegenwartsfrage, und auch mancher Bürgerliche kann der Meinung sein, daß später einmal in der Regelung des Eigentums einschneidende Umwälzungen vorkommen mögen. Auch die Sozialreform bietet ein solches Merkmal nicht, denn bürgerliche Politiker können mit den Arbeitern zusammen dafür eintreten, sei es auch mit anderer Absicht. An welcher praktischen Augenblicksfrage trennen sich dann die Klassen am schärfsten, so daß ein hüben und drüben nur gilt? An der Frage des Militarismus.

Die Frage des Militarismus ist die Frage der Macht des Staates und der Sicherung der Klassenherrschaft; hier hört, vielmehr noch als bei Geldsachen, die Gemütlichkeit auf. Eine bürgerliche Partei mag den Arbeitern KonzeSSIONen machen und Rechte zugestehen wollen; soll aber an der Arme, an der militärischen Gewalt gerüttelt werden, so wird sie auf einmal hart und unnachgiebig, greift sogar in die eigene Börse. Die herrschende Klasse fühlt, daß hier der Lebensnerv ihrer Existenz liegt. Und umgekehrt mag das Proletariat mit den Vertretern der herrschenden Klasse beraten, verhandeln, sich mit Freundlichkeiten umschmeicheln lassen; sobald es aber die Spitzen der Bajonette und die Maschinengewehre auf sich gerichtet sieht, fühlt es auf einmal den grausamen Druck wieder unendlich hart und mitleidslos auf sich lasten, da kann es nur an Kampf, an den schärfsten Kampf gegen dieses System denken.

So klar und unzweideutig damit die Stellung der Partei zum Militarismus gegeben erscheint, so hat es doch nicht an Zweifeln und Einwendungen gefehlt. Vor kurzem wies der französische Genosse Compère-Morel darauf hin, wie durch die Erklärung der holländischen Parlamentsfraktion, sie sei bereit für den Kriegsetat zu stimmen, ein Problem aufgerollt wird, das Problem, ob die Sozialdemokratie diesen Preis für wichtige Volksrechte zahlen darf. Man wird dabei an die frühere Diskussion in der

deutschen Partei über die Frage erinnert, ob man Kanonen gegen Volksrechte austauschen soll. Damals schien der Militarismus nur eine Defensivwaffe des Reiches gegen das Ausland zu sein, und bei der Schwierigkeit, neue demokratische Rechte zu erobern, konnte der Gedanke aufstauen, ob man sich nicht besser mit den herrschenden Mächten verständigen und ein Tauschgeschäft abschließen könnte. Jetzt hat der Imperialismus, der die Militärmacht zur wichtigsten Angriffswaffe des Staates gemacht hat, das Problem in neuer Form aufgeworfen und eine neue Antwort gegeben.

Der Imperialismus, das Streben nach Kapitalmärkten durch Anwendung aller Gewaltmittel des Staates, braucht nicht notwendig immer die schärfste Reaktion im Innern gegen das Proletariat mit sich zu bringen. Er muß alle Kräfte des Staates zusammenfassen gegen die Konkurrenten; da kann ihm nichts erwünschter sein, als das ganze Volk, einschließlich des Proletariats, in seinen Bannkreis zu ziehen. Die bürgerlichen Klassen weiß er durch seine neuen Ideale der Weltmacht zu berauschen und geistig zu einigen; etwas besseres als das sozialistische Ideal kann er aber damit der Arbeiterklasse nicht bieten. Um die Arbeiter zu gewinnen, verlegt er sich daher auf das platte Nützlichkeitsprinzip, auf die kleinen Vorteile. Man weist die Arbeiter darauf hin, daß ohne überseeische Märkte und Rohstoffbezugsquellen unsere Industrie nicht blühen kann, und daß sie also das größte Interesse daran haben, sich durch Unterstützung der Kolonial- und Weltpolitik gute Arbeitsgelegenheit zu sichern. Der englische Imperialismus trat zuerst sehr arbeiterfreundlich auf; Chamberlain, der zynische Gewaltpolitiker nach außen, war im Innern radikal und erklärte den Arbeitern, daß sie es um so besser haben würden, je mehr die Kapitalisten im Auslande Profite machen könnten. Demokratie und Sozialreform einerseits, Imperialismus andererseits bedingten einander; Kapital und Proletariat sollten sich gegenseitig ihre Interessen fördern.

Die Wirklichkeit kam anders; der Burenkrieg steigerte die Reaktion im Innern, die Gewerkschaften wurden bedrängt, die Rechte der Arbeiter verkürzt, ihre Lebenshaltung sank, und erst dieser gesteigerte Druck hat die englischen Arbeiter aufgerüttelt und zur Stärkung der eigenen Macht geweckt. Kanonen und Volksrechte können nicht als Tauschobjekte zusammengehen; die Macht des Kapitals und die Macht des Proletariats können sich nicht Hand in Hand, gemeinsam, entwickeln. Zwar machten sie gleichzeitig, aber nur dadurch, daß sie sich im stetigen Kampfe an einander

reiben. Das Kapital kann nicht freiwillig die Macht des Proletariats steigern; es kann zwar Reformen zugestehen, aber dann, um die Arbeiter einzukullern, das erwachende Klassenbewußtsein zu ersticken, also die Macht der Arbeiter zu schwächen. Den Arbeitern wesentliche Rechte geben zu wollen, fällt ihm nicht ein; für seine Ziele muß es in jedem Augenblick unbedingt über die ganze Macht des Staates, über alle Kraftquellen der ganzen Nation verfügen können; dabei will es nicht durch ein Mitbestimmungsrecht des Volkes irgendwie gehemmt oder gestört sein. Und umgekehrt kann das Proletariat nicht daran denken, die Macht seines Feindes und Bedrückers zu stärken; es schneidet sich damit in sein eigenes Fleisch. Volksrechte können aber nur erobert, nicht erlistet oder erschachert werden. Was die Bourgeoisie im Handel gibt, kann sie mit Gewalt wieder nehmen; sicher ist uns nur, was die eigene feste Macht des Proletariats gegen Angriffe schützt.

Noch in anderer Weise sucht der Imperialismus die Arbeiterklasse vor seinen Klauen zu spannen — in einer Weise, die gegen das zynisch-offene ehrliche Schachergeschäft, bei dem man wenigstens weiß, was man gibt und was man bekommt, noch den Nachteil hat, daß man mit unbestimmten Hoffnungen hingehalten und schließlich doch geprellt wird. Eine bürgerliche Partei gibt sich den Anschein demokratischer Arbeiterfreundlichkeit, wettet gegen die „Reaktion“, gewinnt damit die Unterstützung des Proletariats und nimmt nun dessen Hilfe für ihre imperialistische Politik in Anspruch. Sie verspricht in verschwommenen Worten ein allgemeines Wahlrecht, stellt ein Reformprogramm auf; aber soll das alles gehörig vorbereitet werden, so muß ihr eine Lebensfrist gesichert werden, d. h. die Sozialdemokratie muß für das Militärbudget und sogar, wie auf dem letzten holländischen Parteitag gutgeheißen wurde, für Neuausgaben und Verstärkung des Militarismus stimmen. Denn sonst wird die Regierung von der reaktionären Konkurrenzpartei gestürzt und dann kann aus all den schönen Reformen nichts werden. Kann die Sozialdemokratie diese Verantwortung übernehmen? Hier liegt das Dilemma, das Problem: soll man die Volksrechte, die man schon in der Hand hat, verscherzen, nur einer dogmatischen Formel wegen?

Wer das Wesen des Imperialismus erkannt hat, weiß, daß dieses Problem in Wirklichkeit nicht besteht. Volksrechte und Kanonen können nicht gemütlich als Freundesgaben ausgetauscht werden; das Proletariat wird hier einfach übers Ohr gehauen und mit Scheinreformen, höchstens

mit kleinen Trinkgeldern abgesspeist. Aber in dieser Lebensfrage ist Dummheit zugleich ein Verbrechen. Der Imperialismus ist der Todfeind des Proletariats; seine einzige gute Seite ist, daß er die Massen zum schärfsten Kampfe gegen sich selbst anspornt. Durch ihn wird die Ausbeutung wichtiger, die Massen werden mit Steuern belastet, um die Kosten für die ungeheuren Rüstungen aufzubringen; durch Nationalismus und Völkerverhetzung sucht er die Seelen zu vergiften, er zieht den Geist der Gewalttätigkeit groß, erzeugt ein Herrrentum, das sich alles gegen Schwächere herausnehmen darf, und verroht die Jugend. Den Massen wird zugemutet, sich zu Hunderttausenden auf den Schlachtfeldern zum Nutzen des Kapitalprofits zusammenschließen zu lassen. Das Axiom des Kapitalismus, daß die Menschenmassen nur als Kanonenfutter da sind, nach Belieben zu schinden und zu vernichten, nur Mittel zum Zweck, daß sie nur da sind, um wie ein Haufen Dreck verschleudert und zertreten zu werden — ist hier zur höchsten Potenz erhoben. Der Imperialismus ist die vollendetste Form kapitalistischer Sklaverei und Entwürdigung der Menschheit.

Aber je entwürdigender die Rolle ist, die den Massen in diesem System zugedacht ist, um so glänzender strahlt die Menschenwürde in dem Stolz und der Kampfernergie des sozialistischen Proletariats. Durch Selbsterhaltungstrieb, durch Haß und sittliche Empörung getrieben, sammeln sich die Massen zu immer schärferem Kampfe gegen den Imperialismus; sie lehnen alle Gemeinschaft mit ihm ab und haben nur ein Ziel: ihre Macht der Aufklärung und der Organisation so hoch zu steigern, daß sie ihn niederwerfen können. Sollte das Proletariat ihn aber als eine gleichgültige Sache unterstützen, durch trügerische Reformhoffnungen verlockt, und mit ihm paktieren, so käme zu der materiellen noch die geistige Abhängigkeit, zu der erzwungenen noch die freiwillige Knechtschaft, zu der körperlichen noch die seelische Erniedrigung hinzu, den Lafai des Imperialismus zu spielen.

Für den internationalen Kongreß in Wien steht auch der internationale Kampf gegen den Imperialismus auf der Tagesordnung. Es wird nötig sein, daß er sich dabei mit aller Schärfe gegen die reformistische Taktik ausspricht, den Kampf des Proletariats gegen ihn durch Bewilligung der Militärbudgets zu schwächen. —